

V. Zusammenfassung und Fazit

In der vorliegenden Studie wurde der Frage nachgegangen, inwiefern krisenhafte Momente wie die Auswirkungen der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 oder die Corona-Pandemie als Katalysemoment für Diskursbrüche angenommen werden können, die Möglichkeitsräume für Neuverhandlungen von Wissensbeständen und gesellschaftlichen Akteursinstanzen initiieren. Hierzu wurden – neben einer allgemeinen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Krise und ihrer (ökonomischen und politischen) Ausdifferenzierungen – im Speziellen die Rückwirkungen der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise auf den politischen Raum sowie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (in Verbindung mit der Krise der Corona-Pandemie) in Spanien untersucht. Genutzt wurden dazu die diskurstheoretischen Grundannahmen Michel Foucaults und deren Verbindung von Wissens- und Diskursformierungen mit Realitäts-, Normierungs- und Machtverhandlungen. Die Wirksamkeit des an der Diskursbildung beteiligten Akteursspektrums und sich darüber aktualisierenden Kollektivbildungen wurden um die theoretischen Annahmen Bruno Latours ergänzt und materiell ausdifferenziert.

Um Verschiebungen und Re-Formierungen des politisch-repräsentativen Kollektivs zu betrachten, wurden verschiedene Stränge der politischen Diskursverhandlung und Akteursformierung in den Blick genommen. Eigens dafür wurde ein Analysemodell – in Anlehnung an bestehende diskursanalytische Ansätze der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* nach Reiner Keller und der *Kritischen Diskursanalyse* nach Siegfried Jäger – ausgearbeitet. Für den politischen Raum stand die Analyse von Dynamisierungs- und Neuverhandlungsprozessen des politischen Diskurses und seiner Wissensbasis sowie der ihn prägenden politischen Kollektivakteure im Zentrum. So galt es, grundlegend zu hinterfragen, inwiefern neue (politische) Kollektivformationen als herausfordernde Gegenstimmen gedacht werden können (Fokus

15-M-/Indignados-Bewegung und Podemos-Kollektiv). Hierzu wurde untersucht, in welcher Form diese Formationen als ›störende‹ Impulse diskursive Neuverhandlungen des politischen Raums und seiner etablierten Normierungsinstanzen (PP, PSOE) erwirken konnten. Letztlich sollte mittels der Analyse der angenommenen Heterogenisierung des politischen Akteurspektrums auch gezeigt werden, inwiefern miteinander konkurrierende Diskursverhandlungen auch als gesellschaftliche (Veränderungs-)Praktiken gedacht werden können.

Fokussiert wurden die drei Wahljahre 2011, 2014 und 2015, um die Entwicklungs- und Legitimationsprozesse rund um Diskurs-, und Kollektivverhandlungen im Kontext der Auswirkungen der wirtschaftlichen beziehungsweise repräsentativen Krisenzeit zu veranschaulichen und die Einschreibung eines Gegendiskurses über die neuen Kollektive des 15-M/Indignados-Protests bzw. Podemos nachzuzeichnen. Für die Analyse von Veränderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik wurde sich zudem mit den diskursiven Entwicklungen mit Bezug auf die Etablierung eines wissenschaftlichen Beratungsbüros im spanischen Parlament im Zeitraum von 2018-2020 befasst.

Über das Diskursmodell wurden für die Analyse des politischen Raums drei diskursive Fokusstränge wechselseitig miteinander in Bezug gesetzt und das Korpus für die angestrebte Analyse generiert. Betrachtet wurden der »ökonomische Krisendiskurs«, der »Diskurs um die jeweiligen Wahlergebnisse« und – für die etablierten politischen Diskursinstanzen PP und PSOE – der »Diskurs zu den neuen (politischen) Akteuren (15-M/Indignados bzw. Podemos)«. Es konnten folgende Entwicklungen analytisch ausgemacht werden:

- 1) Für den politischen Raum konnte festgestellt werden, dass die 15-M-Bewegung bereits 2011 als erste disruptiv-systemische Reaktion und Materialisierung eines wütenden Protests gesehen werden kann, der auf den Erfahrungen einer realen Inkongruenz zwischen politischen Äußerungen und erfahrbaren Kriseneinschnitten beruhte. Sie entfaltete somit als diskursiv-widerspenstige Kraft eine dynamisierende Wirksamkeit, indem es ihr gelang, einen neuen beziehungsweise anderen Wissensstand in das Sichtbarkeits- und Bewusstseinsfeld der spanischen Gesellschaft zu rücken. Sie stellte außerdem die über die etablierten Kollektive (PP, PSOE) vertretene politische Diskursrealität infrage und ließ sie brüchig werden.

- 2) Die Analyse der Folgejahre (2014 und 2015) ergab, dass Podemos zwar nicht als direkter Folgeakteur der 15-M-Proteste verstanden werden kann, die diskursiven Impulse und die Störfunktion der Protestbewegung jedoch für die eigene politische Etablierung und Formierung nutzbar machte. So vermochte es das Podemos-Kollektiv, die nach wie vor in der spanischen Gesellschaft präsenten Unzufriedenheiten und (Repräsentations-)Missstände zu artikulieren. Über diese Entwicklungen eröffnete sich wiederum eine doppelte Krisendynamik: Aus der ökonomischen Krise wurde zusehends eine politische (Vertrauens-)Krise, die letztlich als Anreizmoment für einen politischen und kollektiven, qualitativen wie quantitativen Wandel im politischen Raum Spaniens fungierte.
- 3) So wurden insbesondere durch die physischen und diskursiven Materialisierungen der anderen Kollektivrealitäten (15-M/Indignados und Podemos) widerständische Prozesse lanciert, die die Infragestellung bis dato verbindlicher gesellschaftlicher Kohärenzsysteme (getragen vor allem durch PP und PSOE) und kollektiv akzeptierter Missverhältnisse ermöglichten. Es kam nicht nur zu Diskussionen um eine *nueva Transición*, sondern auch zu einer öffentlichen Debatte über politische Korruption. Vermehrt wurden auch sozialpolitische Themen bis hin zu Reflektionen über eine partizipativere Politik und Demokratie diskursiv aufgegriffen. Zudem wurden ausgehend von Podemos Forderungen laut, »Gesellschaft« bzw. »Gemeinschaft« neu bzw. anders zu denken und einer vielfältigen, gleichberechtigten Akteursebene politische Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen.
- 4) Auch wenn die bisweilen radikaldemokratischen Anliegen des Podemos-Kollektivs nicht realisiert wurden, die Partei sich zunehmend moderater zeigte und in das bestehende politische System integrierte, ermöglichte die Initialisierung des Kollektivs dennoch Diskurs- und Akteursdynamisierungen des politischen (Handlungs-)Raums sowie die Repräsentation einer anderen Wissensbasis. Zudem kann eine nachhaltige Heterogenisierung des Akteurs- und Parteienspektrums – wenn auch ohne systemisch-disruptive Veränderungen – innerhalb der spanischen Politik konstatiert werden.

Die eingangs aufgestellte These – Krisen als Katalysenmoment für Neuverhandlungen von gesellschaftlichen Kollektivzusammensetzungen, Diskursordnungen und Wissensverhältnissen – kann folglich für den politischen Raum Spaniens für die Jahre 2011 bis 2015 bestätigt werden. Allerdings konnte

ebenso gezeigt werden, dass derartige Umbrüche erweiterte Krisen lancieren, gerade weil sie andere Positionen und Akteure in das Sicht- und Sagbarkeitsfeld einer Gesellschaft rücken und kollektiv anerkannte Diskurs- und Ordnungsgefüge infrage stellen. Insofern führten die Dynamisierungen rund um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisenentwicklung in Spanien auch zum Aufbrechen weiterer gesellschaftlicher Konflikte und Krisenlagen. So ist neben den Konflikten um die katalonischen Unabhängigkeitsbestrebungen bereits eine erneute Erweiterung des politischen Akteursspektrums festzustellen: Seit 2019 ist mit der Partei Vox zum ersten Mal nach Ende der Franco-Diktatur eine rechtskonservative Kraft im spanischen Parlament und einigen Regionalregierungen vertreten.

Über diese innenpolitischen Spannungsverhältnisse hinaus sieht sich die spanische Gesellschaft gegenwärtig mit weiteren komplexen Entwicklungen konfrontiert: Migrationsbewegungen und die Corona-Pandemie stellen das gesellschaftliche und politische Kollektiv Spaniens vor nachhaltige Herausforderungen und könnten weitere Dynamisierungen bewirken. Insbesondere die Corona-Pandemie offenbart nicht nur der spanischen Gesellschaft ihr Nicht-Wissen unmittelbar. Abhängig von den weiteren Entwicklungen könnten sich mögliche Dynamisierungsprozesse gesellschaftlicher wie politischer Kollektive, Handlungs- und Orientierungsnormen sowie deren diskursive Einordnung und Vermittlung als weitere Anwendungsbeispiele des dargelegten diskurs-/akteursanalytischen Ansatzes ergeben. Dies würde sich auch in dem Sinne anbieten, als dass das Corona-Virus als Disruption eines neuen *Quasi-Objekts* im Latour'schen Sinne aufgefasst werden kann, das vorhandene Wissens- und Ordnungsbestände der Gesellschaft herausfordert und sowohl diese als (möglicherweise) auch die sie formierenden Kollektive zu einer umfassenden Reformation zwingt. Entscheidend ist hierbei, dass das Virus nicht als inerte Materie aufgefasst wird, die durch menschliche Entschlüsselungsarbeit wirksam geworden ist. Vielmehr zeigt das Covid-19-Virus, dass objekt-hafte Ding-Akteure unabhängig von menschlicher (Er-)Kenntnis eine ganz eigene Wirkmächtigkeit und Handlungspotenzialität entfalten können und sozusagen als vollwertig wirksame (Diskurs-)Akteur gedacht und verstanden werden müssen.¹

1 Ähnlich wie in Latours Beispielen zur Anti-Baby-Pille oder zum Türöffner wirkt auch das Virus in erheblichem Maß auf das Handeln des Einzelnen, das Alltagsleben der Gesellschaften und die Normen zurück. Dies zeigt sich u.a. an der Einführung neuer Hygiene- und Umgangsnormierungen wie der sogenannten AHA-L-Regel, die die

Hierbei ist zudem von Relevanz, dass das Virus in seiner eigenen Wirkmächtigkeit als vollwertiger (Diskurs-)Akteur gedacht und verstanden werden kann. In dieser Hinsicht könnte – im Falle einer nachfolgenden Analyse möglicher politischer und Repräsentationsveränderungen innerhalb Spaniens – ein Ding-Akteur selbst als diskursiv wirkmächtige Akteursinstanz konzipiert bzw. geprüft werden.

Neben der Befassung mit (krisenindizierten) Dynamisierungen innerhalb des spanischen politischen Raums wurde zudem auch auf sich abzeichnende Veränderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik innerhalb Spaniens und ihre Krisenindiziertheit eingegangen. So ist es auf der systemischen, wissenschaftspolitischen Ebene zu einer veränderten Wertigkeit von Wissenschaft beziehungsweise wissenschaftlicher Wissensproduktion gekommen. Die Veränderungen im Verhältnis von wissenschaftlichem Wissen und Politik konnten anhand der Auseinandersetzung um die Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* nachgewiesen werden. Ähnlich wie im politischen Raum hatte hier eine bürgerliche beziehungsweise wissenschaftsimmanente Bewegung (*Ciencia en el Parlamento*) den diskursiven Impuls gesetzt. Entlang der angefertigten diskurs- und akteursanalytischen Untersuchung konnten die Begründungslogiken der an der Umsetzung beteiligten Kollektivakteure dargelegt werden. Hierbei zeigte sich, dass zwar mit der Einrichtung des *Oficina* ein unmittelbarer Interaktionsweg für Wissenschaft und Politik geschaffen wurde, dieser allerdings weiterhin auf der Annahme getrennter Sphären beider Bereiche rekurriert und somit nicht im Sinne eines Latour'schen Wissenskollektiv zu verstehen ist. Darüber hinaus müsste – auch in Auseinandersetzung mit dem Bereich wissenschaftlicher Politikberatung als solcher – die konkrete Umsetzung, Wirkungsweise und Anspruchshaltung, die mit dem *Oficina* verbunden ist, sowie die hieraus folgende Nutzbarmachung wissenschaftlichen Wissens in parlamentarischen Debatten/der spanischen Politik fundiert geprüft werden. Ein Anliegen, das zum aktuellen Entwicklungsstand noch nicht möglich ist und auch den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigen würde. Nichtsdestotrotz könnten sich aus diesen Dynamisierungen ergebende, veränderte Diskurs-/Wissensbeziehungen zwischen Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auch unter Einbezug des erarbeiteten

konkret von jedem Einzelnen zu beachtenden Hygienemaßnahmen (Abstand halten, Hände waschen, Alltagsmaske tragen und regelmäßiges Lüften) umfasst (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2020).

diskurs-/akteursanalytischen Modells weiterverfolgt und aufgearbeitet werden.

Ähnlich wie auch im Falle von 2010 – und damit auch das einleitende Zitat nach Antonio Muñoz Molina aufgreifend – findet sich Spanien (wie auch die weltweiten Gesellschaften) aktuell in einer vielschichtigen Krisensituation wieder, die vermeintlich sicher geglaubte Normen, Orientierungspunkte und Stabilitäten ins Wanken gebracht hat und erneut deutlich vor Augen führt, »[que] [l]o que no existía y casi no se imaginaba puede hacerse real. Lo que hoy es más indiscutible y más sólido y nos importa más mañana puede haberse desmoronado« (Muñoz Molina 2013: 197). Welche Akteure, Diskursordnungen und damit verbundene Normen und Wissensbestände letztlich – auch angesichts der dargelegten, multiversen Krisenlage (Stichworte: Wirtschafts- und (politische) Legitimationskrise, Katalonien, Corona-Pandemie, Migration) – innerhalb Spaniens die Oberhand gewinnen, bleibt abzuwarten. Das notwendige Werkzeug zur Analyse dieser und etwaiger anderer Dynamiken steht jedenfalls bereit.